

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Pieper, Birgit Homburger, Jürgen W. Möllemann, Horst Friedrich (Bayreuth), Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Verbesserung der internationalen Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Niveau von Wissenschaft und Forschung eines Landes stellt einen bedeutenden Standortfaktor dar, deren kontinuierliche Weiterentwicklung eine Aufgabe ersten Ranges ist.

Die Globalisierung von Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Kultur führt einerseits zu einem internationalen Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen, aber ebenso zu einem hart umkämpften internationalen Bildungsmarkt.

Der außen-, kultur- und wirtschaftspolitischen Bedeutung einer Internationalisierung des deutschen Hochschulsystems muss das Leitbild von einer tiefgreifenden Hochschulreform und von einem künftigen internationalen Hochschulmarketing Rechnung tragen.

Um das Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen, bedarf es sehr großer Anstrengungen und der Bündelung zielführender Maßnahmen zu deren konsequenter Umsetzung.

Die Erhöhung der Attraktivität des Studienstandortes Deutschland ist eine zentrale Aufgabe des Bundes mit hoher Priorität.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

In unserem nationalen Interesse sind die Position Deutschlands auf dem globalen Bildungsmarkt zu stärken, das Studienangebot unserer Hochschulen stärker zu internationalisieren, die Präsenz des Studien- und Forschungsstandortes Deutschland im Ausland zu erhöhen und die bestehenden formalen Hindernisse im deutschen Ausländerrecht abzubauen, die in unserem Land das Studium von Ausländern derzeit noch erschweren.

Dazu ist es notwendig:

- Den weiteren Ausbau der internationalen Studiengänge mit dem Ziel zu betreiben, dass diese zu attraktiven Markenartikeln des deutschen Hochschulsystems werden.
- Die Errichtung eines fächerübergreifenden Netzes von „Graduate Schools“ für Promotionsstudien voranzubringen und dieses für qualifizierte ausländische Studierende zu öffnen.
- Um der zunehmenden Bedeutung der Weiterbildung im Hochschulbereich gerecht zu werden, müssen spezielle Aufbau- und Weiterbildungsangebote erhöht und für ausländische Teilnehmer verstärkt angeboten werden.
- Die bestehenden Gastprofessorenprogramme für ausländische Hochschullehrer und Wissenschaftler müssen ausgebaut und informell vernetzt werden.
- Zur Verbesserung der Intensität des Studiums für ausländische Studierende muss ein Ausbau des „Sommerakademie“-Programms erfolgen.
- Zur besseren Darstellung des Profils der deutschen Forschungs- und Forschungsförderorganisationen müssen die bestehenden Beratungsnetzwerke von Außen- und Beratungsstellen im Ausland ausgebaut und erweitert werden.
- Mit dem Aufbau einer „German Academic Alumni Association – GAAA“ soll das Ziel verfolgt werden, eine Dachorganisation für alle ausländischen Studierenden und Wissenschaftler, die in Deutschland studiert oder geforscht haben, einzurichten.
- Mit dem Start einer internationalen Medienoffensive (z. B. Ausbau der „Deutschen Welle“) wird die Leistungsfähigkeit der deutschen Hochschulbildung und Forschung dargestellt.
- Die Gründung deutscher Off-shore-Einrichtungen – German Institutes of Technology (GIST) – soll mit dem Ziel vorangebracht werden, ein Netzwerk von Zweigniederlassungen deutscher Hochschulen im Ausland zu entwickeln.
- Für einen verstärkten Ausbau der Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Hochschulen sind die Nutzung und Weiterentwicklung von Tele-teaching unumgänglich.
- Hindernisse, die das Studium bzw. die Forschung, die Lehre und die Arbeitsaufnahme von Ausländern in Deutschland erschweren, sind konsequent abzubauen.
- Dem weiteren Abbau der Präsenz der Goethe-Institute ist entschieden entgegenzuwirken.

Berlin, den 10. Mai 2000

**Cornelia Pieper
Birgit Homburger
Jürgen W. Möllemann
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher**

**Klaus Haupt
Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting**

**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Marita Sehn
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

Begründung

Es wird angenommen, dass die Zahl der Studierenden weltweit auf 97 Millionen bis zum Jahr 2010 ansteigen wird. Der globale Arbeits- und Bildungsmarkt wird in Umfang und Bedeutung in den kommenden Jahren wachsen und sich primär nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage entwickeln.

So traten in den vergangenen Jahren etwa 1,5 Millionen Studierende auf diesem Markt auf. Studierende aus Schwellen- und Entwicklungsländern bildeten den Hauptteil der Nachfragenden. Die westlichen Industrieländer sind die Hauptanbieter von Bildungsleistungen.

Durch die steigende Nachfrage nach Bildungsleistungen hat sich ein Dienstleistungsmarkt entwickelt, der für Deutschland große wissenschaftliche, ökonomische und politische Bedeutung besitzt.

Derzeit dominieren die angelsächsischen Länder als Anbieter auf diesem Markt. Die Tendenz, sich für ein angelsächsisches Land als Studienort zu entscheiden, ist ständig im Steigen begriffen.

In den USA studieren derzeit rund 455 000 ausländische Studierende (ca. 5 % aller Studierenden), gefolgt von Großbritannien mit etwa 137 000 (ca. 8 % aller Studierenden), und der Bundesrepublik Deutschland mit ca. 100 000 ausländischen Studierenden zuzüglich 50 100 so genannter Bildungsinländer (8,2 % aller Studierenden).

Im Vergleich hierzu studieren derzeit in Frankreich 125 200 Ausländer (8,7 % aller Studierenden), in Australien 53 200 Ausländer (8,4 % aller Studierenden) in Italien 21 220 Ausländer (1,4 % aller Studierenden).

Der Anstieg der Zahl ausländischer Studierender in Deutschland in den letzten 10 Jahren, der auf Studierende aus den mittel- und osteuropäischen Ländern seit 1989 (Polen 4 700, Länder der ehem. Sowjetunion 4 600, Ungarn 1 600, Tschechien und Slowakei 1 200) zurückzuführen ist, wird sich nicht fortsetzen, da sich leider auch die mittel- und osteuropäischen Staaten zunehmend am angelsächsischen Bildungssystem orientieren.

Die Zahl ausländischer Studierender aus wichtigen Wirtschaftsregionen außerhalb Europas stagniert bzw. sie ist rückläufig (Japan 1 602, China 5 425, Korea 4 738, Taiwan 1 433, Indien 667). Diese Entwicklung ist Besorgnis erregend, da in dieser Region in den letzten 20 Jahren, eng verbunden mit der Weiterentwicklung der dortigen Bildungssysteme, die Gesamtzahl der Studierenden und auch der Anteil der außerhalb der Heimatregion Studierenden stark angestiegen sind. Im gleichen Maß wuchs auch die Wirtschaftskraft dieser Staaten.

Der Jahresbericht des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) aus dem Jahre 1996 zeigt mit erschreckenden Resultaten, wie sich das Verhältnis von ausländischen Studierenden zwischen den USA und Deutschland darstellt. So studieren z. B. in den USA 45 531 Japaner, denen 1 602 studierende Japaner in Deutschland gegenüber stehen. Das ergibt ein Verhältnis von 29:1.

Diese Disparität entspricht nicht der wirtschaftlichen und akademischen Leistungsfähigkeit Deutschlands.

Im Ausland geschulte Führungskräfte der Schwellen- und Entwicklungsländer sind stark durch eine Ausbildung in den angelsächsischen Ländern geprägt.

Deutschland entgehen so wichtige außenpolitische, kulturpolitische und wirtschaftspolitische Einflussmöglichkeiten.

Im Unterschied zu Deutschland haben die Regierungen der Wettbewerbsstaaten die wissenschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Bedeutung die-

ses Dienstleistungsmarktes erkannt. Mit sehr konkreten Maßnahmen bauen sie ihre Positionen auf diesem Zukunftsmarkt aus.

Die Wettbewerber auf dem europäischen Bildungsmarkt, allen voran Großbritannien mit der Initiative „Cool Britannia“ und Frankreich mit der Initiative „Edufrance“, haben das erkannt und führen eine aggressive Wettbewerbspolitik.

Auch Deutschland hat, aufgrund seiner akademischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, eine gute Chance, eine führende Position auf dem globalen Bildungsmarkt aufzubauen.

Die Stärken des deutschen Hochschulsystems, die vor allem in einem leistungsfähigen Forschungs- und Ausbildungssystem, dem Vorhandensein großer akademischer Mittlerorganisationen, wie dem DAAD, der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und den Goethe-Instituten sowie einem gut organisierten Netz von Hochschulen, Forschungsorganisationen, wie der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Großforschungseinrichtungen der Helmholtz und Leibniz-Gesellschaft, begründet liegen, sichern eine hohe Qualität in der akademischen Ausbildung. Hinzu kommt die Gebührenfreiheit für Studierende an deutschen Hochschulen.

Jedoch sind es schwerwiegende Defizite des deutschen Hochschulsystems, die viele ausländische Studierende von einem Aufenthalt an deutschen Hochschulen abhalten.

Hierbei ist vor allem die Sprache, das Fehlen von Beratung und Service, die langen und schwer kalkulierbaren Studienzeiten, die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen, die eingeschränkten wettbewerblichen Möglichkeiten der Hochschulen, eine fehlende Abstufung der Hochschulbildung, aber auch die Gebührenfreiheit zu nennen. Des Weiteren stehen noch heute einer Studienaufnahme in Deutschland ausländer- und arbeitsrechtliche Regelungen im Wege.

Die langen Studienzeiten an deutschen Hochschulen wirken sich nachteilig auf die Attraktivität des Studienstandortes Deutschland aus.

Die durchschnittliche Studiendauer von Erstabsolventen an Universitäten in Diplom-, Magister- und Staatsexamensstudiengängen beträgt 6,7 Jahre.

Der Vorteil der Gebührenfreiheit an deutschen Hochschulen wird für ausländische Studierende durch die langen Studienzeiten und ein daraus resultierendes höheres Berufseintrittsalter nivelliert.

Die Hochschulabsolventen in Großbritannien erwerben den ersten Hochschulabschluss im Alter von 22 Jahren. In Deutschland hingegen sind Absolventen mit Diplom, Magisterabschluss oder Staatsexamen durchschnittlich 28 Jahre alt.

Zudem ist für den Einzelnen die Dauer eines Studienaufenthalts in Deutschland im Rahmen der individuellen Bildungsplanung nur schwer kalkulierbar, da das deutsche Studiensystem deutlich weniger strukturiert ist als insbesondere die Ausbildungsangebote im angelsächsischen Raum. In Deutschland gibt es ein nach Hochschularten- und Fachdisziplinen bzw. Wissenschaftsbereichen horizontal differenziertes System von grundsätzlich gleichwertigen Studiengängen und Abschlüssen mit einer stärkeren wissenschaftsorientierten Ausbildung an Universitäten und kürzere betont anwendungsorientierte Ausbildungen an Fachschulen.

Im angelsächsischen Raum existiert dagegen überwiegend ein vertikal gegliedertes Ausbildungssystem mit meist gestuften Studienabschlüssen.

Das deutsche System der akademischen Abschlüsse (Diplom FH, Diplom, Magister, Staatsexamen) ist mit dem angelsächsischen Abschlusssystem (Bachelor, Master) inhaltlich und formal nicht kompatibel.

Nachteile und Probleme ergeben sich im internationalen Vergleich dadurch, dass das angelsächsische Abschlusssystem weltweit favorisiert wird und sich international durchgesetzt hat. So sind der Bekanntheitsgrad und die Verwertbarkeit der deutschen Diplome international, insbesondere in außereuropäischen Staaten, begrenzt. Die im angelsächsischen Raum üblichen akademischen Ausbildungsangebote zeichnen sich hingegen durch zeitliche Überschaubarkeit, stärkere Betreuung durch Lehrende, durch vielfach klarere inhaltliche Strukturiertheit und nicht zuletzt durch die internationale Kompatibilität ihrer Abschlüsse aus.

Die deutsche Studienstruktur stellt sich im internationalen Vergleich vor allem wegen der Inkompatibilität den vorherrschenden angelsächsischen System als nachteilig und dringend änderungsbedürftig dar.

